

Stand: 20.04.2026 08:15:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4561

"Leistungsfähiger Mobilfunk für Bayern - alle Infrastrukturbetreiber in die Pflicht nehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4561 vom 06.11.2019
2. Beschluss des Plenums 18/4651 vom 07.11.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 07.11.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Sandro Kirchner, Klaus Holetschek, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner** und **Fraktion (CSU)**

Leistungsfähiger Mobilfunk für Bayern – alle Infrastrukturbetreiber in die Pflicht nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Mobilfunkinitiative Bayern der Staatsregierung, die den Mobilfunkpakt mit den Netzbetreibern, die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, das neu eingerichtete Mobilfunkzentrum und das Bayerische Mobilfunkförderprogramm umfasst sowie die Ankündigung der Staatsregierung, staatliche Liegenschaften für Mobilfunkinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, die Bereitstellung auf geeignete staatliche Gebäude auszuweiten und mit den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam Lösungen zu finden, wie kommunale Liegenschaften und Gebäude (z. B. Rathäuser, Bauhöfe) ebenfalls für Mobilfunkinfrastruktur genutzt werden können.

Insbesondere für den 5G-Ausbau wird die Staatsregierung aufgefordert, unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände Möglichkeiten zu finden, wie weitere öffentliche Verkehrsinfrastruktur (Verkehrsschilder, Ampeln, Straßenlaternen, Verkehrsleitsysteme etc.) für die Installation von Sende- und Empfangstechnik zur Verfügung gestellt und genutzt werden kann.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund für den Ausbau der Mobilfunkversorgung entlang von Bahnstrecken einzusetzen und – wo notwendig – Zugang zum Bahnkörper zu schaffen, im Besonderen für die Errichtung und den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur durch den Bund, respektive die Bahn.

Hierzu bedarf es:

- einer Novellierung der Sicherheitsvorschriften der Deutschen Bahn in Bezug auf den Bahnkörper
- schnelle und unbürokratische Genehmigungen seitens der Bahn
- einen leichten Zugang zum Bahnkörper für die Errichtung der Infrastruktur

Durch den Mobilfunkpakt ist die Staatsregierung mit den Mobilfunkbetreibern in einen intensiven Dialog getreten, um eine Verbesserung der Mobilfunkversorgung in Bayern zu erreichen. Die Netzbetreiber werden aufgefordert, Kooperationen untereinander zu realisieren. Hierzu setzt der Landtag zunächst auf die Eigeninitiative der Netzbetreiber, damit weitgreifende verpflichtende Möglichkeiten nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Begründung:

Eine leistungsfähige Versorgung mit digitalen Netzen im ganzen Land ist sowohl für Bayerns Bürger als auch Unternehmen von höchster Bedeutung. Gerade für die ländlich geprägten Gebiete ist eine gute Anbindung bei Kommunikationsnetzen der Schlüssel zum Erfolg. Im Rahmen der Regierungserklärung vom 10.10.2019 wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Mio. Euro für das Bayerische Mobilfunkförderprogramm angekündigt. Darüber hinaus wurde angekündigt, auch staatliche Liegenschaften verstärkt für den Bau von Mobilfunkmasten zur Verfügung zu stellen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Sandro Kirchner, Klaus Holetschek, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/4561

Leistungsfähiger Mobilfunk für Bayern – alle Infrastrukturbetreiber in die Pflicht nehmen

Der Landtag begrüßt die Mobilfunkinitiative Bayern der Staatsregierung, die den Mobilfunkpakt mit den Netzbetreibern, die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, das neu eingerichtete Mobilfunkzentrum und das Bayerische Mobilfunkförderprogramm umfasst sowie die Ankündigung der Staatsregierung, staatliche Liegenschaften für Mobilfunkinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, die Bereitstellung auf geeignete staatliche Gebäude auszuweiten und mit den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam Lösungen zu finden, wie kommunale Liegenschaften und Gebäude (z. B. Rathäuser, Bauhöfe) ebenfalls für Mobilfunkinfrastruktur genutzt werden können.

Insbesondere für den 5G-Ausbau wird die Staatsregierung aufgefordert, unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände Möglichkeiten zu finden, wie weitere öffentliche Verkehrsinfrastruktur (Verkehrsschilder, Ampeln, Straßenlaternen, Verkehrsleitsysteme etc.) für die Installation von Sende- und Empfangstechnik zur Verfügung gestellt und genutzt werden kann.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund für den Ausbau der Mobilfunkversorgung entlang von Bahnstrecken einzusetzen und – wo notwendig – Zugang zum Bahnkörper zu schaffen, im Besonderen für die Errichtung und den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur durch den Bund, respektive die Bahn.

Hierzu bedarf es:

- einer Novellierung der Sicherheitsvorschriften der Deutschen Bahn in Bezug auf den Bahnkörper
- schnelle und unbürokratische Genehmigungen seitens der Bahn
- einen leichten Zugang zum Bahnkörper für die Errichtung der Infrastruktur

Durch den Mobilfunkpakt ist die Staatsregierung mit den Mobilfunkbetreibern in einen intensiven Dialog getreten, um eine Verbesserung der Mobilfunkversorgung in Bayern zu erreichen. Die Netzbetreiber werden aufgefordert, Kooperationen untereinander zu realisieren. Hierzu setzt der Landtag zunächst auf die Eigeninitiative der Netzbetreiber, damit weitgreifende verpflichtende Möglichkeiten nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Mittag

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Klaus Adelt

Abg. Gerd Mannes

Abg. Annette Karl

Abg. Martin Hagen

Staatssekretär Roland Weigert

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried

Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Leistungsfähiger Mobilfunk für Bayern - alle Infrastrukturbetreiber in die Pflicht nehmen (Drs. 18/4561)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Martin Mittag von der CSU-Fraktion.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Auch wenn der zweite Punkt zuerst aufgerufen worden ist, halte ich mich natürlich an die gebotene Kürze, weil ich glaube, dass eigentlich allen klar sein sollte, worum es geht und dass dieser Dringlichkeitsantrag natürlich auch ein ganz wichtiger ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Digitalisierung ist, für uns alle wohl unbestritten, *das* Thema oder eines der Themen der Zukunft, auch der Zukunft Bayerns. Für eine funktionierende Digitalisierung braucht es auch einen leistungsfähigen Mobilfunk und das dementsprechende Netz. Wir diskutieren ja regelmäßig über weiße Flecken und auch über Probleme mit dem Empfang. Der Freistaat hat nicht zuletzt in der Regierungserklärung verschiedene Punkte aufgestellt, die mit der bayerischen Mobilfunkinitiative genau in die richtige Richtung gehen und Bayern auch sehr schnell zukunftsfähig aufstellen sollen bzw. diese weißen Flecken von der Karte wegwischen sollen.

Um das Ganze noch ein bisschen zu unterstützen, gibt es jetzt unseren Dringlichkeitsantrag, der zum einen darauf abzielt, dass wir für die Mobilinfrastruktur gerade auch staatliche und kommunale Liegenschaften nutzen möchten. Für die notwendigen Masten, die zu stellen sind, fordern wir, dass mehr Lösungen gefunden werden, dass wir

schneller umsetzen können. Angesichts der weißen Flecken und der entsprechenden 4G-Mobilfunkvernetzung geht es zum anderen auch darum, dass wir den nächsten Schritt, mit 5G, der ja schon angekündigt ist, auch rechtzeitig angehen können. Auch dafür braucht es eine Infrastruktur.

Es heißt immer: Wir brauchen so und so viele Tausende bzw. Hunderttausende von Masten für 5G. Auch dafür sollten wir und wollen wir zum einen bestehende Infrastruktur soweit wie möglich nutzen und zum anderen auch keine Masten ohne Not aufstellen, wenn wir vielleicht auch auf Laternen oder Verkehrszeichen aufsetzen können, wo es denn möglich ist. Wir bitten, dies möglichst schnell zu prüfen, um die Voraussetzung für das bessere Netz schaffen zu können.

Ein weiterer Punkt in unserem Dringlichkeitsantrag geht das Thema Bahn an. Es ist bekannt, dass im Bereich der Bahn der Ausbau bis 2020 bzw. 2022 vorangeschritten sein muss. Um das Ganze zu vereinfachen, fordern wir natürlich, dass der Bund die entsprechenden Möglichkeiten dafür schafft. Das heißt zum einen, dass die Sicherheitsvorschriften geprüft werden, also, wo man die Aufstellung von Masten bzw. Sendern an den Bahnstrecken leichter umsetzen kann. Dass das Ganze schnell und unbürokratisch geht, sollte auch der Wunsch und das Ziel vonseiten der Bahn sein. Ebenso sollte Ziel sein – das habe ich schon angerissen –, dass wir leichter an die verschiedenen Stellen im Bereich der Schienen rankommen können.

Der Mobilfunkpakt ist ein ganz wichtiger Baustein. Ohne die Betreiber und ohne das Zutun der Betreiber werden wir diese weißen Flecken nur sehr schwierig löschen können. Wir werden die Mobilfunkbetreiber auch weiterhin auffordern müssen, teilweise gemeinsame Infrastrukturen zu nutzen. Dann müssen auch weniger neue Masten gebaut werden, sondern bestehende Masten können mitgenutzt werden, was auch eine viel schnellere Umsetzung ermöglicht. Wir haben natürlich, auch bedingt durch die Regierungserklärung, noch mal 50 Millionen Euro draufgelegt. Man sieht, dass die ersten Millionen sehr gut investiert sind, weil schon über 400 Gemeinden ihr Interesse bekundet habe. Das heißt, die Beseitigung der weißen Flecken ist nicht nur für die Stadt,

sondern auch für den ländlichen Raum ein wichtiger Standortfaktor, den wir damit unterstützen können.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag, damit wir möglichst schnell keine weißen Flecken mehr in Bayern haben und uns auch für die Zukunft gut aufstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist Herr Benjamin Adjei vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute mal wieder das Thema Mobilfunkausbau besprechen. Besser wäre es, wenn man endlich die notwendigen Maßnahmen treffen würde, um auch einen flächendeckenden Mobilfunkausbau voranzutreiben. Sowohl der Antrag an sich als auch jetzt Ihre Rede sind mal wieder voll mit Eigenlob darüber, was alles gemacht wird. Diesmal sind tatsächlich auch ein paar Punkte dabei, die man angehen möchte. Deswegen werden wir dem Antrag insgesamt zustimmen.

Aber gehen Sie doch mal raus, gehen Sie raus in unser schönes Land, fahren Sie mit der Bahn durch Bayern. Sie werden viel Zeit haben, diese schöne Landschaft zu genießen, weil wir von einem Funkloch ins nächste fahren. Da hilft es übrigens auch nichts, Straßenlaternen und Ähnliches zu ertüchtigen. Für die Weiterverteilung über Smart Cells brauche ich nämlich große Masten. Wir haben heute mit der Telekom darüber gesprochen. Sie können jetzt so viel jubeln wie Sie wollen, am Ende des Tages sind die Funklöcher weiterhin da. Hier muss endlich vorangegangen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend ist, dass Sie diesen Antrag gerade heute stellen, in dem Moment, in dem kurz vorher der Bayerische Gemeindetag das Bayerische Mobilfunkförderprogramm regelrecht auseinandergenommen hat. Kein Förderprogramm stößt auf so wenig Akzeptanz bei unseren Kommunalos in den Rathäusern und in den Landratsämtern. Wenn

Sie es mit dem Bekenntnis zum Mobilfunkausbau ernst meinen, dann übernehmen Sie als Staatsregierung doch endlich auch selbst die Verantwortung für das Schließen der Funklöcher und schieben die Verantwortung, die Standorte zu suchen, die Masten zu bauen und die Masten am Schluss zu betreiben, nicht auf die Kommunen ab.

Die Diskussion heute ist ja nicht neu. 2015 ging es um die Frequenzversteigerung der Digitalen Dividende II; 2016 gab es ein großes Klagen der CSU hier im Landtag, vom Kollegen Sandro Kirchner, dass beim nächsten Mal angeblich alles besser wird. Anfang 2019 ging es um die Frequenzversteigerung zu 5G, und es gab wieder ein großes Klagen der CSU, diesmal von Martin Mittag: Nächstes Mal wird angeblich alles besser.

In der Diskussion 2016 waren Sie ja noch gegen Förderprogramme. Jetzt feiern Sie plötzlich Ihr Förderprogramm, bejubeln es als großen Erfolg und ignorieren dabei die ganze Kritik, die aus allen möglichen Reihen, vor allem von den Kommunen, daran geäußert wird. 2016 sprach der Kollege Kirchner in der Debatte noch davon, die Netzbetreiber in die Pflicht nehmen zu wollen. So lautet übrigens auch der Titel des heutigen Antrags, über Verpflichtung ist darin aber kein Wort zu finden. Nach dreieinhalb Jahren fordern Sie heute inhaltlich immer noch Kooperation und Eigeninitiative. Im Titel steht zwar etwas von Pflicht, davon ist in dem Antrag aber nichts zu finden.

Gestern Mittag dachte ich mir bei der Pressemitteilung – bevor ich den Antrag gelesen hatte – noch kurz: Ach, da kommt ja mal was; da will die CSU mal endlich den Netzausbau vorantreiben. – Da stand sogar etwas von dem bösen Wort – ich traue es mich kaum auszusprechen – National Roaming drin.

(Alexander König (CSU): Machen Sie halt mal bessere Vorschläge! – – Weiterer Zuruf von der CSU)

Als Anfang dieses Jahres, im Januar, die Frequenzversteigerungen im Bund anstanden, stand ich hier mit meiner Forderung, National Roaming in die Versteigerungsaufgaben mit aufzunehmen. Die Zwischenfrage des Kollegen Sandro Kirchner war, wie

das Ganze mit Wettbewerbsrecht in Einklang zu bringen sei. Damals war das rechtlich möglich. Da hatten wir eine Frequenzversteigerung und hätten die Auflagen mit einbauen können. Die Frage an Sie ist nun: Wie wollen Sie das jetzt ohne anstehende Versteigerung rechtssicher hinbekommen?

Ein paar kleine Punkte in diesem Antrag sind richtig. Deswegen werden wir ihm insgesamt auch zustimmen. Sorgen Sie bei der nächsten Vergabe aber endlich für gescheiterte Ausbaualagen: Fläche statt Haushalte, vollständige Erschließung der Verkehrswege, Roaming oder Infrastruktur-Sharing und natürlich Sanktionen bei Nichteinhaltung der Auflagen.

Kurz zusammengefasst: Wir werden dem Antrag jetzt zustimmen. Er enthält ein paar Punkte, bei denen wir mitgehen können, die wir jetzt notgedrungen machen müssen und die sinnvoll sind.

(Alexander König (CSU): Zustimmung ist gut!)

Besser wäre es aber, von vornherein – und da beende ich jetzt die Rede eigentlich mit Ihrem Titel – die Netzbetreiber endlich in die Pflicht zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Warum nicht gleich so?)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Rainer Ludwig, Fraktion der FREIEN WÄHLER, auf.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine leistungsfähige, flächendeckende Mobilfunkversorgung mit digitalen Netzen im ganzen Land liegt uns, glaube ich, allen am Herzen. Ich denke, wir alle in diesem Hohen Haus sind uns auch in diesem Punkt einig, dass eine optimale Anbindung der Kommunikationsszene in Bayern einer der Schlüssel ist, die zum Erfolg für Wirtschaft und Gesellschaft führen. Vielen Dank unseren Koalitionskolleginnen und -kollegen der CSU für diesen Antrag, der eine sehr wertvolle Ergänzung zu der,

wie ich meine, ohnehin umfangreichen Mobilfunkinitiative des Wirtschaftsministeriums darstellt.

Wir FREIE WÄHLER haben uns bereits in den Koalitionsverhandlungen für einen flächendeckenden Mobilfunk und eine 100%-Abdeckung, insbesondere auf dem Land, engagiert eingesetzt. Lieber Herr Adjei, wir handeln hier auch, und zwar sehr energisch – da muss ich Ihnen schon einmal widersprechen.

Unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat mit der bayerischen Mobilfunkinitiative Wesentliches vorgelegt und auf den Weg gebracht. Diese Initiative umfasst erstens den Mobilfunkpakt gemeinsam mit den Netzanbietern, zweitens die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und drittens ein umfangreiches Mobilfunkförderprogramm, das übrigens nicht, wie Sie meinen, schlecht, sondern mit über 400 Interessenbekundungen der bayerischen Gemeinden hervorragend angenommen wird. Wir nehmen hier 50 Millionen Euro in die Hand. Ich meine, das ist eine bedeutende Schlagzahl. Das muss man nicht schlechtreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, Bayern ist das erste und bisher einzige Land, dem die EU-Kommission ein Mobilfunkförderprogramm genehmigt hat, um für die Kommunen eigenständig schnelle, effiziente, praktikable, unbürokratische und – wie ich meine – ökologische Lösungen anzubieten. Bei der Stärkung des ländlichen Raums gilt nun auch einmal die Hoheit und Selbstbestimmung der Kommunen. Sie sind auch beim Mobilfunkausbau die zentralen Akteure. Unsere Gemeinden bekommen 80 % und in manchen Regionen sogar 90 % der Kosten gefördert – eine Förderung, die garantiert, dass jeder von den Kommunen gewünschte Mast finanziert werden kann.

In unserem Koalitionsvertrag ist auch verankert, dass wir die Lücken in Bayern möglichst schnell schließen wollen. Die sogenannten weißen Flecken, die Sie angesprochen haben, müssen verschwinden. Darüber sind wir uns einig. Sie müssen aus unseren Gemeinden, aus dem ländlichen Raum und entsprechend natürlich auch entlang

der Autobahnen verschwinden. Das ist längst überfällig – wir wissen das –, und das muss sich schleunigst ändern. Bis zum Ende dieses Jahres müssen deshalb die Mobilfunkbetreiber in die Pflicht genommen werden, die Bundesautobahnen lückenlos mit 4G zu versorgen. In diesem Punkt, meine Damen und Herren, müssen wir die Mobilfunkbetreiber in der Tat beherzt in die Pflicht nehmen. Sie müssen jetzt liefern, und da müssen wir auch einmal das eine oder andere klare Wort finden.

Meine Damen und Herren, weiter heißt es in unserem Koalitionsvertrag und zu Recht auch in Ihrem Antrag, dass der Ausbau entlang von Bahnstrecken schneller vorangebracht werden muss. Deshalb laufen im Wirtschaftsministerium – vielleicht wissen Sie das gar nicht, Herr Adjei – bereits die nächsten Planungen zur Durchführung von Messungen entlang der ICE-Strecken – notwendigerweise in enger Kooperation mit der Deutschen Bahn –, um auch hier eine flächendeckende Mobilfunkversorgung in den Zügen bis zum Ende des Jahres zu gewährleisten.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, in einem weiteren zukunftsentscheidenden Punkt – und damit komme ich zum Schluss – wollen wir zentrale, nachhaltige Akzente setzen. Wir drängen auf den zügigen Ausbau von 5G, der nicht nur für unsere Wirtschaft eine bedeutende Rolle spielt. Wir müssen auch hier in ambitionierter Vorreiterrolle Möglichkeiten finden, öffentliche Verkehrsinfrastrukturen wie Ampeln, Straßenlaternen, Verkehrsschilder, Verkehrsleitsysteme usw. zu nutzen und dort innovativ Sende- und Empfangstechniken zu installieren. Es gilt außerdem, weitere Lösungen zu finden und kommunale Liegenschaften und Gebäude, wie Rathäuser und Bauhöfe, für Mobilfunkinfrastruktur zu nutzen.

Last but not least: Auch hier, lieber Herr Adjei, halten wir an der Forderung nach einem – wie Sie es ausdrücken "bösen Wort" – National Roaming fest. Das ist richtig; das ist wichtig. Vielleicht entgeht Ihnen auch das: Unser Wirtschaftsminister Aiwanger setzt sich auf Bundesebene massiv dafür ein.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Ich denke, all das sind richtige Ansätze. Die kommunalen Spitzenverbände, die Mobilfunkanbieter und der Freistaat Bayern tragen diese mit. Sie stehen im Dialog, denn wir wollen gemeinsam das Beste für unsere Bürger und für unsere Wirtschaft in puncto Mobilfunk. Wir wollen 100 % Versorgung in der Fläche. Daher stimmen wir, denke ich, Ihrem Antrag gerne zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Ludwig, kommen Sie bitte noch einmal an das Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Adelt. Bitte schön.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Ludwig, mich verwundert schon einigermaßen, dass man die Bundesbahn auffordert, ihre Masten zur Verfügung zu stellen. Diese Masten stehen seit ewigen Zeiten; ich weiß das von der Strecke Hof – Bad Steben. Warum hat man bisher keine Verhandlungen geführt? Es wäre bereits möglich gewesen, mit der Bahn darüber zu verhandeln, ob auf den bestehenden Betriebsfunkmasten noch weitere Sender aufgestellt werden können. Warum ist das nicht passiert?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Adelt, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal mit der Deutschen Bahn verhandelt haben. Oftmals erweist sich das als sehr, sehr schwierig. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir versuchen, an einem lokalen Bahnhof bei uns bzw. in Ihrer Nähe, in Kulmbach, seit zwanzig Jahren eine Modernisierung herbeizuführen. Das ist nicht möglich. Wir sind drauf und dran, mit der Deutschen Bahn immer wieder Gespräche zu führen, und wir lassen da nicht locker.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich möchte auch diesbezüglich noch einmal betonen, dass wir hier vonseiten der Koalition und insbesondere seitens unseres Wirtschaftsministers drauf und dran sind, genau diese Bestrebungen zu forcieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): Ich hoffe es!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes, AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die CSU will den Mobilfunkausbau in Bayern wieder einmal beschleunigen und dafür jetzt enger mit den Netzbetreibern zusammenarbeiten. Neue Mobilinfrastruktur soll dabei auch auf kommunalen Liegenschaften und entlang von Bahntrassen errichtet werden, wofür die Rechtslage entsprechend anzupassen wäre. So soll sich die Staatsregierung laut dem Antrag Zugang zur Infrastruktur der Bahn verschaffen, und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden.

Wir als AfD begrüßen die Zielsetzung des Antrags, weil wir den dringenden Bedarf eines zügigen Netzausbaus sehen. Es stellt sich jedoch die Frage, warum die Staatsregierung mit diesem Antrag erst jetzt kommt, wo das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Zur Erinnerung: Im europaweiten Vergleich liegt Deutschland bei der LTE-Netzabdeckung fast auf dem letzten Platz. Nur Irland und Weißrussland sind hier noch schlechter. Es ist verständlich, dass man jetzt mit wohlthuenden Schaufensteranträgen vom eigenen Versagen ablenken will. Die leidgeprüften Bürger dürfte dies aber kaum überzeugen.

Lassen Sie mich noch einmal die Gelegenheit nutzen, auf einige Zusammenhänge hinzuweisen, die leider immer wieder unter den Tisch fallen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass es in Bayern nach wie vor ganze Landstriche ohne jegliches Handynet gibt, in denen die Bürger im Notfall noch nicht einmal einen Krankenwagen rufen können.

Wieso im vorliegenden Antrag angesichts dieser Tatsache schon jetzt von einem notwendigen 5G-Ausbau gesprochen wird, erschließt sich nicht. Die CSU, die seit 14 Jahren auch an der Regierung beteiligt ist, ist beim Netzausbau selbst Teil des Problems. Die Erlöse aus den 5G-Frequenzversteigerungen, immerhin rund 6,6 Milliarden Euro, hat der Staat kassiert. Bei den Netzbetreibern fehlt dieses Geld nun, was den schnellen Ausbau bremst.

Der gleiche Fehler wurde übrigens bereits bei den UMTS-Versteigerungen im Jahr 2000 begangen. Die Regierung nahm den Netzbetreibern über 50 Milliarden Euro ab, was deren Möglichkeiten für einen schnellen Netzausbau stark minderte. Die Versorgung der Bevölkerung mit notwendiger Infrastruktur muss die oberste Priorität der Regierung sein. Alle sogenannten weißen Flecken müssen in Bayern verschwinden. Die Netzbetreiber arbeiten immer noch an der Versorgung von 98 % der deutschen Haushalte mit LTE-Mobilfunk, wobei die 98-Prozent-Regel von Anfang an zu niedrig angesetzt war. Leider weiß die Staatsregierung noch nicht einmal selbst, welche Fläche des Freistaats derzeit mit 4G versorgt wird. Dies geht aus einer Antwort der Staatsregierung auf eine meiner Anfragen hervor.

Das Ziel muss also zunächst sein, eine bestmögliche Netzabdeckung mit Mobilfunk und 4G zu erreichen. Es gibt hier einen wichtigen Zusammenhang, den der Antrag der CSU leider nicht beinhaltet. Ohne Glasfaser gibt es weder schnelles 4G noch 5G. Die Staatsregierung sollte sich also auch dem schnellen Breitbandausbau widmen, damit die Prioritäten richtig gesetzt werden.

Wir stimmen dem Antrag zu, hätten uns jedoch einen stärkeren Fokus auf derzeit wirklich notwendige Infrastruktur gewünscht. Die Staatsregierung sollte sich angesichts der beschämenden Situation nicht fragen, auf welcher Ampel man zukünftig irgendwann einen 5G-Sender installieren könnte, sondern wie man zügig ganz Bayern mit mobiler Telefonie und 4G versorgt.

Dafür ist es auch dringend erforderlich, die Genehmigungsverfahren für neue Masten zu beschleunigen und mehr Standorte für Sendestationen bereitzustellen. Dieser Antrag kann dazu beitragen und wird daher von uns unterstützt.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich die Abgeordnete Annette Karl, SPD-Fraktion, auf.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Antrag liest sich sehr interessant. Ich denke aber, der Titel trifft es nicht ganz. Er müsste eher heißen: "Leistungsfähiger Mobilfunk für Bayern – Minister Aiwanger, bessern Sie Ihre Mobilfunkstrategie schleunigst nach!".

Es ist bemerkenswert, wenn die eine Regierungspartei per Antrag den Minister der anderen Regierungspartei darauf stößt, dass die Strategie zum Mobilfunkausbau viel zu kurz springt, um letztendlich erfolgreich zu sein. Es wird höchste Zeit – damit gebe ich dem Antrag recht –, dass Kommunen und Spitzenverbände der Kommunen viel stärker einbezogen werden, um Standorte zu finden. Öffentliche Gebäude und Verkehrsinfrastruktur können alternative Standorte sein; denn nicht jeder Bürger ist tatsächlich von der Aussicht begeistert, plötzlich in seinem Vorgarten einen Mobilfunkmast stehen zu haben. Öffentliche Gebäude könnten hier Widerstände in der Bürgerschaft gegen Masten reduzieren.

5G bedeutet – das muss uns auch bewusst sein – einen massiven Aufwuchs an Sendeeinrichtungen. Die Bahn gehört deshalb tatsächlich so schnell wie möglich mit ins Boot, wenn Ausbau entlang von Bahnlinien auch wirklich funktionieren soll. Das ist zwar keine wirklich neue Erkenntnis, es freut mich aber, dass sie auch bei der CSU angekommen ist.

Ein wichtiger Punkt fehlt uns allerdings in dem Antrag, dem wir aber trotzdem zustimmen werden, und das ist ein verpflichtendes nationales Roaming. Es geht nicht nur

um die Erlaubnis, dass Anbieter dies machen können, wenn es ihnen beliebt, wie das jetzt die Netzagentur vorschlägt. Denn wie ist die Situation in kleinen Orten im ländlichen Raum? Das bayerische Förderprogramm greift nicht, weil ein Anbieter ein paar Anwohner mit mehr oder weniger schlechter Telefonie versorgt. Der Rest, der andere Anbieter hat, schaut in die Röhre.

Wenn jetzt der Anbieter, der schon da ist, nicht mit den anderen Anbietern reden will, müssen diese parallele Strukturen, sprich parallele Masten aufbauen, wenn alle Leute Empfang haben sollen. Das ist natürlich bei einem kleinen Kundenstamm in einem kleinen Ort überhaupt nicht lukrativ.

Ein verpflichtendes nationales Roaming könnte deshalb die Lösung sein, und zwar eine natur-, umwelt- und menschonende Lösung. Die Netzagentur kann über Entgelte für die Nutzung der Infrastruktur faire Bedingungen schaffen. Wir wünschen uns hier eine Bundesratsinitiative der Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Martin Hagen, FDP-Fraktion, aufrufen.

Martin Hagen (FDP): Meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, bei diesem Thema besteht große Einigkeit hier im Haus. Das liegt sicherlich auch daran, dass jeder von uns seine Erfahrungen mit dem bayerischen Mobilfunknetz macht und gemacht hat.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Im Landtag ist es sowieso schwierig. Das wissen wir alle in diesen Hallen. Aber sobald man aus München rauskommt, wird es doch ganz schnell ein Schweizer Käse, und es ist eine gemeinsame Anstrengung aller politischen Parteien erforderlich, um da etwas zu erreichen.

Deswegen begrüßen wir, dass die staatlichen Liegenschaften, die staatliche Infrastruktur zunehmend genutzt werden sollen, Funkmasten aufzubauen. Die FDP-Fraktion hat genau zu diesem Themenkomplex vor Kurzem eine Anfrage gestellt. Die Antwort steht noch aus. Wenn die Antwort jetzt positiv ausfallen kann, weil wir gemeinsam diesen Antrag beschließen, ist das eine gute Nachricht.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der die Bundespolitik betrifft. Ich bedauere es sehr und halte es für sehr riskant, dass die Bundesregierung die 5G-Infrastruktur auch für den chinesischen Konzern Huawei geöffnet hat. Hiermit wird Spionage Tür und Tor geöffnet. Länder wie die Vereinigten Staaten beispielsweise, aber auch Japan haben Huawei nicht bei sich in die 5G-Infrastruktur gelassen, weil sie eben wissen, dass es ein Konzern ist, auf den die chinesische Führung Zugriff hat und der im Zweifel auch genutzt werden kann, um hier eine kritische Infrastruktur für Wirtschaftsspionage zu nutzen. Ich halte es für einen Fehler, dass wir es in Deutschland anders gemacht haben. Verwandtes Thema, anderer Komplex, doch ich wollte es mal angesprochen haben.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Ich darf als Nächstem Herrn Staatssekretär Roland Weigert das Wort erteilen.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Zuhörer hier im Raum und auf den Rängen! Zunächst und vorab: Der Antrag, der gestellt worden ist, zielt in die richtige Richtung. Mit unserer bayerischen Mobilfunkinitiative, übrigens der ersten in Europa, haben wir bereits viel erreicht. Wenn wir den Mobilfunk im Land verbessern und international aufholen wollen, müssten wir auch mit den Liegenschaften – die Bahn ist angesprochen worden; dem ist absolut zuzustimmen – Fortschritte erzielen.

Ich danke deswegen der CSU für diesen Antrag. Ich danke auch den übrigen Rednerinnen und Rednern, die dazu hier bereits ihre Zustimmung erklärt haben. Deswegen will ich mich wirklich sehr kurzfassen. Ich will Ihre Aussage, Herr Kollege Hagen, würdigen, dass eine gemeinsame Anstrengung aller Parteien erforderlich ist. Ich nehme es gerne auf, bin auch offen für den Dialog und lade gerne zu mir ins Ministerium ein, damit wir hier zu Ergebnissen kommen. Das Gleiche gilt für den Kollegen Adjei, dem ich das vorhin gesagt habe.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Ihre Aussage – ich glaube, es war Ihre Aussage – hat mich natürlich schon getroffen, dass kein Programm so wenig Akzeptanz findet wie dieses Mobilfunkförderprogramm.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Vom Gemeindetag!)

– Vom Gemeindetag. Ja, ich muss Ihnen aus tiefster Seele, aus der tiefsten Windung meines Herzens sagen: Ich kann das nicht bestätigen. Mich trifft es tatsächlich. Wir haben über 400 Interessenbekundungen. Ich habe erst vor wenigen Tagen 25 Förderbescheide, in der Größenordnung jeder eine halbe Million Euro, an Bürgermeister verteilt. Mir gegenüber ist wohl in einem Punkt Kritik – in Anführungszeichen, nennen wir es Anregung – geäußert worden nach dem Motto: Was sollen wir Gemeinden noch tun?

Ich kann es tatsächlich nachvollziehen, dass die Bürgermeister und die Landräte unter der Last der vielen Aufgaben, die unter Daseinsvorsorge subsumiert sind, durchaus ächzen. Ich habe das schließlich und endlich auch zehn Jahre gemacht. Ich sage aus tiefster Überzeugung: Ich hätte als Landrat oder Bürgermeister niemals den Freistaat oder den Bund in meine Lufthoheit mit irgendeiner – in Anführungszeichen – kritischen Maßnahme im Mobilfunk hineingelassen, weil ich es am Ende des Tages immer auszubaden gehabt hätte. Deshalb ist es mir recht – das sage ich aus den Erfahrungen der Vergangenheit –, wenn der Freistaat sagt: Du bekommst 80 bzw. 90 % Förderung,

bitte stell den Mast auf; damit kann ich festlegen, wann, wo und wie der Prozess laufen soll. Ich denke, das ist eine wichtige Sache, auch für die kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte allen Abgeordneten, die heute hier sind, und auch jenen, die nicht hier sein können, weil sie leider Gottes einen anderen Termin wahrnehmen müssen, sagen: Ich habe den Auftrag von Staatsminister Aiwanger, jetzt die zweite Runde der Roadshow persönlich zu begleiten. Das heißt, ich fahre zu jeder Regierung, und wir laden die Bürgermeister und Landräte ein und setzen uns mit den Leuten auseinander. Dann sind nicht nur wir vonseiten der Staatsregierung, sondern auch die Netzbetreiber anwesend. Wir besprechen die Themen mit den Betroffenen. Wir werden dieses Mal – auch dank der Unterstützung des Umweltministeriums – mit dem LfU draußen präsent sein und zum ersten Mal auch das Thema Emissionen in diesem Dialogprozess spielen. Dazu laden wir regelmäßig alle Abgeordneten ein. Bitte, kommen Sie zu diesen Terminen. Nehmen Sie es auf. Wir nehmen gern von Ihnen produktive, zielführende Hinweise entgegen und werden diese bei der Weiterentwicklung des Programms auf den Weg bringen.

So viel von meiner Seite. Ich bedanke mich für die allgemein gute Beratung dieses Tagesordnungspunkts. Es hat "mi sakrisch gfreit." In diesem Sinne sage ich Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/4561 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP, der AfD und der frakti-

onslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich der Stimme? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen. – Pardon! Herr Abgeordneter Runge, war das eine Enthaltung?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

– Ich kann es nicht verstehen.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das war eine Gegenstimme!)

– Eine Gegenstimme vom Abgeordneten Runge. Sonstige Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Damit ist diesem Dringlichkeitsantrag zugestimmt worden.